

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreikönigsstr. 5

66. Jahrgang

Berlin, den 3. November 1928

Nummer 88

Buchhandel und bürgerliche Buchgemeinschaften

Bei den Lohnverhandlungen im Buchdruckgewerbe im vergangenen Frühjahr führten die Prinzipale Klage über die schlechte Bezahlung der größten Kunden der Buchdruckereien, der Buchhändler. Über dieses Thema ist im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ ja bereits viel geschrieben worden. Tatsache ist denn auch, daß die Buchhändler zu den größten Preisdrückern gehören. Aber viel Schuld liegt wohl auch an den Prinzipalen, die sich im Preis unterbieten und Rabatte bis zu 50 Proz. auf den Buchdruckpreistarif gewähren. Wären die Buchdruckereibesitzer in puncto Kalkulation den Buchhändlern gegenüber nur halb so einig wie in der Ablehnung der Gehilfenforderungen, so wäre vieles besser.

Vor einiger Zeit veranstaltete die „Büchergilde“ in Berlin eine Reihe von Vorträgen über das Thema; „Von der Kulturgemeinschaft zur Buchgemeinschaft“. In seinem vorzüglichen Referat führte Dr. K. a. r. i. Schröder dabei u. a. aus, daß die „Schriftsteller die Sklaven der Buchhändler seien“. Er hat dabei aber eine andere Klasse von Mitarbeitern der Buchhändler vergessen, die Angestellten im Verlag und Buchhandel, die, wie wir weiter unten sehen werden, seit Jahr und Tag für wahre Hungerlöhne fronden.

Richard Wagner, der es am eignen Leibe erfahren hatte, sagte an einer Stelle in der Gesamtausgabe seiner Werke etwa folgendes: „Die Buchhändler sind die betrügerischsten Kaufleute“. Und Franz Schubert, der geniale Komponist, dessen 100. Todestag in diesen Tagen die ganze Kulturwelt feiert, war auch in händiger Geldnot. Ein tschechischer Verleger, dem er seine Werke bisher einzeln verkauft hatte, bot ihm für seine gesamten fertigen Arbeiten eine Pauschalsumme von 800 Gulden. Aus Not willigte „Schwammerl“, wie Schubert von seinen Freunden genannt wurde, ein. Der Verleger und seine Nachfolger erzielten aber für ein einziges Werk von Schubert, die berühmte „Wandersoners Phantasie“, den Erlös von 28 000 Gulden. Der Schöpfer erhielt dafür 20 (nicht etwa 20 000) Gulden.

Durch den Schutzverband Deutscher Schriftsteller, die Komponisten haben wohl eine ähnliche Organisation, werden ihre Rechte ja heute besser gewahrt, aber wer nicht einen großen Namen hat, für den ist das Los eines freien Schriftstellers und unbekanntem Komponisten auch heute nicht beneidenswert.

In der Einleitung zum Titel XIII des Versailles Friedensvertrages sind Forderungen aufgestellt, daß zur Vermeidung sozialer Unruhen die Gewährung von Löhnen, die eine angemessene Lebenshaltung ermöglichen, garantiert werden müsse. Wer von den Angestellten und Arbeitern hat heute ein solches angemessenes Auskommen? Doch wohl die wenigsten. Die kaufmännischen Angestellten haben leider den Wert der Organisation noch nicht in dem Maße erkannt wie die Arbeiter. Jenen sollte man immer wieder die Schillerschen Worte ins Gedächtnis hämmern: „Zunächst strebe zum Ganzen, und kannst du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes dich an!“ Nach dem Weltkrieg konnte sich die Wirtschaft erst wieder langsam erholen. Auch das Buchgewerbe lag sehr im argen, reichte der Verdienst doch kaum für das Notwendigste, viel weniger für ein Buch. Die alten Bestände an Büchern aus der Vorkriegszeit waren meistens vergriffen, neue konnte die große Masse nicht bezahlen. Diese Gelegenheit benutzte ein finnischer Kopf und gründete 1919 in Berlin eine Buchgemeinschaft zur Verbilligung des Buches unter Ausschaltung des Sortiments unter dem Titel „Volksverband der Bücherfreunde“. Mit drei Angestellten und 100 Mitgliedern wurde das Unternehmen ins Leben gerufen, aber durch eine eifrige Werbearbeit mit Hilfe der Mitglieder und ein geschickt ausgelegtes Werbesystem wuchs das Unternehmen bald und konnte in seiner besten Zeit mehrere hunderttausend Mitglieder zuziehen. Man fand sich auch reiche Geldgeber (aus Unternehmerkreisen), und im Januar 1925 konnten die auf einem in der Inflationszeit billig erworbenen riesigen Grundstück erbauten eignen Gebäude bezogen werden. Man schritt nur zur Eigenproduktion; vor allem sollte eine eigene Buchbinderei in großem Maßstab eingerichtet werden. Drei Mann des Verlages reisten nach Amerika, sahen dort die riesigen arbeit-

sparenden Maschinen und kauften dort Maschinen, wie sie sonst zum Teil noch nicht in Deutschland im Betrieb waren, u. a. auch eine Galzmaschine für vier Bogen (64 Seiten).

Das Jahr 1925 war für das Buchgewerbe ein gutes Geschäftsjahr, das auch noch im Anfang des Jahres 1926 anhielt. Um die Mitte des Jahres 1926 setzte eine Krise ein, hiervon blieb auch der „Volksverband der Bücherfreunde“ nicht verschont. Der Chef verarmte seine Angestellten im Kasino und teilte ihnen mit, daß durch Abschließung etwa 50 Mann der Belegschaft entlassen werden müßten; er wolle aber das Personal halten, müßte jedoch, wie er sich ausdrückte, die „über tarifmäßige Bezahlung“ abbauen. Gemeint war die Entschädigung für die tägliche Mehrarbeit von einer halben Stunde (im Volksverband der Bücherfreunde wurde damals 50 1/2 Stunden gearbeitet), die für die Kruppen der Armen, die Gruppe A, die das Gros der Belegschaft bildeten, 25 M. betrug, während die höheren Gruppen um 20 M. im Monat abgebaut wurden. Welche elenden Gehälter damals (1926) im Buchhandel gezahlt wurden, erhellt aus folgenden Zahlen:

Gruppe A: Grundgehalt: männlich: 89 M., nach sechs Berufsjahren Höchstgehalt 146 M.; weiblich: Grundgehalt 80 M., nach 6 Berufsjahren Höchstgehalt 132 M.

Wie wir weiter sehen werden, war dieser Abbau eine geschickt eingefädelt Reduzierung der Gehälter der gesamten kaufmännischen Belegschaft. Im November 1926 setzte das Weihnachtsgeschäft stark ein, so daß in einer Abteilung fast Tag für Tag zwei Monate lang zwei Überstunden erforderlich waren, sogar an einem Sonntag wurde gearbeitet. Der Chef verarmte wieder seine Getreuen und sich und veränderte mit lächelnder Miene, daß das Geschäft wieder besser geht, so daß vom 1. Januar 1927 wieder 8 1/2 Stunden gearbeitet werden kann. Als „über tarifmäßige Entschädigung“ könne jedoch nur für die schlechtestbezahlten Gruppen 15 und für die höheren Gruppen 10 M. gezahlt werden. Bald nach dem Inkrafttreten des Arbeitszeitgesetzes im Jahre 1927 wurde der Arbeitsvertrag eingeleitet, und deshalb fielen diese Zuschläge auch weg.

Wenn man bedenkt, daß dieser oben angeführte elende Buchhändlerstarif vom 1. Februar 1925 bis 31. März 1927, also volle zwei Jahre und zwei Monate, in Kraft war, so muß man sich wundern, daß die Beförderer, wie in andern Berufen, gegen solche „Hungergehälter“, die gegen die guten Sitten verstoßen, nicht eingeschritten sind. Da unter den Angestellten im Volksverband der Bücherfreunde auch Verheiratete, Witwen mit Kindern usw. sind, so müssen diese Künstler sein, und zwar „Hungerkünstler“ im wahren Sinne des Wortes.

Am 1. April 1927 endlich trat ein neuer Tarif in Kraft, der den Angestellten ganze 6 Proz. Aufbesserung brachte, hiervon blieben jedoch einige über Tarif bezahlte Angestellte ausgeschlossen, darunter auch ein paar gelehrte Buchdrucker, die verschiedentlich vorstellig waren, aber immer von dem Direktor Willi Hühne abgewiesen wurden. Er hat jetzt wohl vergessen, daß er vor kurzem auch noch simpler Buchdruckergeselle war und sorgt bloß für sich — er hat es verstanden, sich zum Direktor über die gesamte Herstellung einschließlich Buchbinderei emporzuklimmen — und bezieht als solcher ein Ministergehalt. Da er zwei Verwandte hat, die Buchdrucker sind, verjagte er jahrelang auch diese mit Heimarbeit (Besein von Korrekturen und Revisionen). Für die angestellten Buchdrucker blieb infolgedessen in der Hochsaison wenig Verdienstmöglichkeit. So heute noch im Volksverband der Bücherfreunde in Heimarbeit gemacht wird, entzieht sich unserer Kenntnis, bekanntlich ist dies ja tariflich verboten.

Wie überall im Wirtschaftseben setzte nun auch im Volksverband der Bücherfreunde eine kräftig durchgeführte Rationalisierung ein, ganze Abteilungen wurden aufgelöst, zusammengelegt, eine Menge Personal wurde im Jahre 1927 entlassen. Da die Not in den kaufmännischen Berufen groß ist, haben einige Angestellten um Aufhebung der Kündigung. Es wurde ihnen die Wahl gestellt, wenn sie in einer andern Gruppe billiger arbeiten wollen, können sie bleiben. Einige wurden auch in eine niedrigere Gehaltsklasse versetzt, und diese Firma führte den stolzen Namen „Volksverband der Bücherfreunde“. Ob die Gehälter der fünf Direktoren im Volksverband der Bücherfreunde auch abgebaut wurden, hat man nicht erfahren.

Wie an Gehältern gespart wurde, so auch an den Herstellungskosten. Die Werke des Volksverbandes der Bücherfreunde werden in der Provinz gedruckt. Den Löwenanteil, die großen Auflagen der Jahressbände, viele Muswahlsbände und die sämtlichen Bände der „Weltgeist-Bücherei“ werden in Leipzig gedruckt; ferner wurden noch Werke in Wittenberg, ja sogar in Würdingen in Bayern und in Schwerin in Mecklenburg gedruckt, und zwar, dies mögen sich die Buchdrucker bei späteren Lohnverhandlungen merken: 50 Prozent unter dem Druckpreistarif, freifrei Berlin, Bahnhof; Bezahlung im allgemeinen 60 Tage nach Lieferung.

Der Inhaber der Druckerei in Leipzig wollte z. B. für die Buchdruckergehilfen bei der letzten Lohnbewegung keinen Pfennig bewilligen, während er einer großen bürgerlichen Buchgemeinschaft 50 Proz. Rabatt auf den Buchdruckpreistarif gibt.

Ähnlich wie im Volksverband der Bücherfreunde ist es auch bei andern bürgerlichen Buchgemeinschaften, die wie Pilze aus der Erde gewachsen sind. In der „Buchgemeinschaft“, Berlin, wurde vor ein paar Jahren ein Buchdrucker als Verlagskorrektor engagiert für das horrend monatliche Gehalt von sage und schreibe 140 M. Da der betreffende Kollege ausgefeuert war, fünf Kinder hatte, nahm er, der Not gehorchend, nicht dem eignen Triebe, diese Stellung an, so lange, bis er etwas andres hatte.

Den bürgerlichen Buchgemeinschaften gehören noch Tausende und aber Tausende von Buchdruckern an. Vom 4. bis 11. November veranstaltet die „Büchergilde Gutenberg“, Berlin, eine Werbewoche. Hier wird keine Profitwirtschaft wie in den bürgerlichen Buchgemeinschaften getrieben, die Bücher werden in der mit dem Gelde der Verbandsmitglieder erbauten eignen Druckerei in der auch von den Gegnern anerkannten mußergültigen Weise zu Preisen hergestellt, wie sie keine andre Buchgemeinschaft bietet; deshalb sollte die Lösung für jeden organisierten Buchdrucker sein: Heraus aus den bürgerlichen Buchgemeinschaften und hinein in die „Büchergilde Gutenberg“.

Berlin.

-cg.

Berne, lehre, bilde, wirke!

Der Wettergott hatte uns dieses Jahr einen ausgezeichneten Sommer beschert. Alte und Junge wanderten hinaus in Wald und Feld, um sich hier einen Brustkorb voll frischer, reiner Luft mit nach Hause zu nehmen und die Atmungsorgane einige Stunden zu vergeffen. Uns Buchdrucker liegt es wohl im Blute, daß wir uns zur Natur hingezogen fühlen. Können wir doch auch von ihr für unsern Beruf sehr viel lernen. So werden viele Kollegen die schönen Tage benutzt haben, ihren Gartenstirn durch die Natur zu bereichern. Andre zogen vielleicht mit der Kamera aus, um sich auf dem photographischen Gebiete auszubilden. Denn auch dieses Gebiet schließt sich heute eng an den Buchdruck an; man möchte fast sagen, daß ohne den Photographenarbeiten heute gar nicht mehr auszukommen ist. So hatte jeder mit sich zu tun im schönen, blühenden Sommer. Bildungsverband und Sparten konnten ihre Arbeit einige Monate ruhen lassen. Haben sie das wirklich getan? O nein! Ihre Triebkräfte sind auch im Sommer an der Arbeit gewesen, um den Mitgliedern für die kommenden trüben Herbst- und Winterstage etwas bieten zu können. Der Vorstand der jeweiligen Ortsgruppe hat sich kein Programm für die kommende Zeit gemacht und unterbreitet es den Kollegen, die mit frischem, braunem Gesicht die erste Begegnung wieder besuchen. Hier haben die Kollegen Vorkenntnis, ihre Wünsche geltend zu machen, die dann bestmöglich Berücksichtigung finden. So ist es vor allem in unserm Bildungsverbände. Derselbe bemüht sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, den Kollegen die Wege zu zeigen und zu öffnen, die für ihr ferneres Fortkommen unbedingt notwendig sind. Aber man muß es auch aussprechen, es sind immer dieselben, die die Veranstaltungen besuchen. Und das sind zum großen Teil — nicht die Jungen. Wo bleiben sie? Wo bleiben all die andern Kollegen, die dem Bildungsweien unsres Verbandes noch fernsteht? Brauchen sie sich nicht mehr fortzubilden? Haben sie alle schon so viel in sich, daß sie den dazuwendenden technischen Neuerungen und dem immerwährenden Fortschreiten der Kunst erfolgreich die Spitze bieten können?

Ich glaube es nicht. Vor allen Dingen geht mein Appell an die Schar der jungen Kollegen. Doch sie haben zum großen Teil das wenigste Interesse für ihre berufliche Fortbildung. Der Sportplatz und der Fußball laßt. Soll man sich nach achtfündiger Arbeitszeit auch noch mit beruflichen Fortbildung herumschlagen? Das ist wohl nicht nötig! Man hat ja genug, wenn man des Abends vom Kasten oder der Maschine nach Hause kommt. Da muß man auch an den Körper denken, den ich muß auch stärken. Gewiß, ihr jungen Sportler, auch ich bin für den Sport. Doch als erste Aufgabe kommt der Beruf. Nur durch ihn können wir leben. Wohl kann man bei eventueller Arbeitslosigkeit heute den Kopf oben behalten, da die großartigen Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes und des Staates uns vor dem Verhungern bewahren. Doch kann man so nicht sein Leben fristen und den Mitmenschen eine Last sein. Ist es doch eine traurige Tatsache, daß man gerade von den arbeitslosen Kollegen selten einen findet, der sich in seiner Freizeit die Einrichtungen seines Bildungsverbandes zunutze macht. Und wenn er auch „nur“ Fachbücher liest. Auf die allgemeinbildende Tätigkeit des Bildungsverbandes brauche ich nicht eingehen. Sie ist heute jedem Kollegen mehr als bekannt. Ich möchte euch nur eines zurufen: „Tretet dem Bildungsverbande bei und haltet hoch den Wahlspruch: *Le re n e, l e h r e, b i l d e, w i z e l!*“

W i r z b u r g.

P a t u.

Ein Sperrjahr der Unternehmer

Der Reichsverband der deutschen Industrie will ein „organisatorisches Sperrjahr“ einführen. Was das ist, bedarf einer Klärung. Geprägt wurde dieser Begriff in der letzten Sitzung des genannten Spitzenverbandes der deutschen Arbeitgeber. Einstimmig wurde dort beschlossen, für die Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 1. Oktober 1929 ein solches Sperrjahr zu schaffen, „um den verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Organisationswesens eine einheitliche Richtung zu geben“. Die dem Reichsverband der deutschen Industrie angeschlossenen Kreise werden aufgefordert, in diesem Zeitabschnitt von der Beteiligung an irgendwelchen Neugründungen oder von irgendwelcher fördernden Tätigkeit für solche abzusehen und alle Mittel nur für solche Unternehmungen zur Verfügung zu stellen, die unbedingt bewährt sind.

Obgleich wir also schon mitten drin in diesem „Sperrjahr“ sind, vermag man sich selbst noch Kenntnis des genauen Wortlautes dieses Beschlusses noch kein richtiges Bild zu machen, was eigentlich beabsichtigt ist. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. J. Herle, verrät uns in einem in der „Industrie- und Handelszeitung“ erschienenen Aufsatz einiges über die Gründe, die zu diesem Beschlusse führten, und ebenso, was eigentlich geplant ist. Aus den spaltenlangen Ausführungen entnehmen wir die für uns nicht gerade neue Feststellung, daß in den Spitzen- und Unterverbänden der Unternehmer eine über- und zuvielorganisierte vorhanden ist, die von Dr. Herle „eine Art Inflation“ genannt wird.

Am ein bezeichnendes Beispiel der geplanten Sperr, richtiger Sparmaßnahmen herauszugreifen: Der Reichsverband der deutschen Industrie will, daß die Zahl seiner eignen Tagungen ebenso wie die der angeschlossenen Verbände eingeschränkt wird und daß insbesondere auch die mit den Tagungen verbundenen Veranstaltungen aller Art, vor allem Festlichkeiten, eine Einschränkung erfahren.

Doch sehen wir uns systematisch an, was in einzelnen geplant ist. Das Ziel ist, um wieder mit dem Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie und seines Geschäftsführers zu reden: „der deutschen Industrie die Möglichkeit zu geben, sich unelingschränkt ihrer Arbeit zu widmen und vor Störungen, Ablenkungen und zersplitternder Tätigkeit auf organisatorischem Gebiete bewahrt zu bleiben“. Zur Erreichung dieses Zieles werden Vorschläge aufgestellt, die sich auf drei Gebiete erstrecken:

1. Auf die Erreichung einer größeren Wirtschaftlichkeit und Einfachheit im eignen Organisationswesen der Wirtschaft.
2. Auf die größere Zurückhaltung in der Förderung aufstehender Organisationen und Unternehmungen.
3. Auf die Notwendigkeit einer stärkeren Kritik in der Wahl der Propagandamittel.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist der Reichsverband der deutschen Industrie nach Meinung seines Geschäftsführers bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Nur noch alle zwei Jahre finden Mitgliederversammlungen statt. Alle andern Spitzenverbände sollten diesem Beispiel folgen. Auch in der Zahl andrer Sitzungen hat sich der Reichsverband der deutschen Industrie Einschränkungen angelegen sein lassen. Mit dem Deutschen Industrie- und Handelsstag steht der Reichsverband wegen der gleichzeitigen Tagung der Sonderausstellungen, die sich mit ähnlichen Fragen beschäftigen, in Verhandlungen. Für das ganze Jahr ist schon jetzt im voraus ein Tagungsplan aufgestellt gemeinsam mit andern Spitzenverbänden, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Industrie- und Handelsstag, dem Verein deutscher Ingenieure, wodurch die zeitliche Inanspruchnahme der führenden Persönlichkeiten stark eingeschränkt werden konnte. Wundern muß man sich nur, mit welcher Überheblichkeit trotz der bisherigen Arbeitsüberlastung die Weisheiten der „Wirtschaftsführer“ und ihrer Synbdi immer verkündet wurden, um in allen Geschäftsberichten, auf allen Tagungen wiederzuerstern.

Erst kürzlich hat der Hansabund, wohl eine der überflüssigsten Unternehmerorganisationen, auf seiner „Präsidialtagung“ es allen Erstes als unerhört bezeichnet, daß auf dem Hamburger Wirtschaftstagskongreß der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie vertreten worden sei. Dieses Verlangen der Arbeiterschaft, auch in ihrem Arbeitsverhältnis nicht länger mehr Untertan zu sein, bezeichnet der Hansabund „als das Verlangen nach einem mit feinerer Risikobeteiligung verbundenen Mitbestimmungsrecht“. Die Arbeiter, die „nur“ das Risiko tragen, arbeits- und brotlos zu werden, die „nur“ durch Berufsunfälle, Berufskrankheiten, Überanstrengung und Unterernährung bedroht sind, werden sich ihr Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen wissen trotz dieser Kundgebung des Hansabundes.

Als Musterbeispiel der Vereinfachung wird der im September d. J. gegründete „Rußland-Ausschuß der deutschen Industrie“ bezeichnet, in dem der Reichsverband der deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelsstag, der Reichsverband des deutschen Groß- und Einzelhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes und der Deutsch-Russische Verein zusammengeschlossen sind. Eine ähnliche Zusammenfassung ist auch im Deutschen Ausstellungswesen und Messeamt erfolgt, dem mit Ausnahme der Bankorganisation, die nichts auszustellen hat, die obengenannten Organisationen und noch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Landwirtschaftsrat angehören. Selbstverständlichkeiten, wie Fühlungnahme verwandter Organisationen bei Aufstellung des Tagungsplans, Rückstufung auf bestimmte, regelmäßig am gleichen Platz wiederkehrende große Veranstaltungen (Leipziger Messe usw.), hätten eigentlich längst organisiert sein müssen. Überhaupt soll jetzt die Zahl der Sitzungen an denen die führenden Verbandsgeschäftsführer teilnehmen müssen, dergestalt beschränkt werden, daß in der Woche mindestens zwei Tage völlig stüßungslos bleiben, damit genügend Zeit für die Erledigung der geschäftlichen Arbeiten bleibt.

Zum zweiten Punkt wird folgende Erläuterung gegeben: Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft wollen sich nicht irgendwelchen moralischen Bepflichtungen zur Förderung wirtschaftlicher, kultureller oder Wohlfahrtsangelegenheiten entziehen. In den letzten Jahren seien aber zu viele neue Organisationen auf allen Gebieten gegründet worden. Die damit zusammenhängenden zahllosen Gesuche um Förderung, Werberbesuche, Bitten um Empfehlungsschreiben usw. hätten schwere Störungen der eigentlichen Arbeit mit sich gebracht. An alle Organisationen der Wirtschaft, ebenso an alle Einzelfirmen und Persönlichkeiten in führender Stellung wird deshalb die Aufforderung gerichtet, den Bitten einzelner Unternehmungen nicht mehr nachzukommen und nicht in die Vorstände und die Komitees einzutreten, auch keine Anträge mit Unterschrift zu versehen, keine überflüssigen Sammelwerten Beiträge zu versprechen oder Empfehlungsschreiben zu ertönen. Bänder stets vorbei die in Betracht kommenden Vertrauensstellen zu Rate zu ziehen.

Zum dritten Punkt endlich, der mehr Kritik bei der Wahl der Propagandamittel empfindet, ist besonders an die Zersplitterung auf dem Gebiete der Fach- und Export-Zeitschriften gedacht, die alle nur leben können, wenn sie recht zahlreiche Inserate bekommen. Eine gewisse Besserung gegenüber früheren Zuständen glaubt der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf diesem Gebiete schon feststellen zu können. Sehr im argen aber liegen die Verhältnisse noch bei den sogenannten Propagandawerken, den Sammelarbeiten und Adressbüchern. Hier wird vorgeschlagen, jede Beteiligung an neu aufstehenden Unternehmungen grundsätzlich abzulehnen, weil genügend zuverlässige Unternehmungen vorhanden sind, die den zu stellenden Aufgaben durchaus gerecht werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch amtlichen Stellen des Reiches, der Länder sowie zahlreicher Kommunalverwaltungen der Vorwurf gemacht, daß sie in zunehmendem Maße dazu übergegangen sind, ihre amtlichen Blätter mit Anzeigen zu versehen, sogar neue Veröffentlichungen mit Anzeigteilen herausbringen usw. Schließlich wird eine parlamentarische und verständliche Ausstellungs- und Messepolitik gefordert. Es ergibt der Ruf an die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, jede Beteiligung an Ausstellungen und Messen abzulehnen, die bis zum Augenblick noch nicht in genauen Plänen vorliegen oder von den als Aussteller in Frage kommenden Verbänden der Wirtschaft nicht gutgeheißen worden sind. Sehr häufig hätten mehrere Ausstellungen ähnlichen Charakters gleichzeitig stattgefunden, so daß das wirtschaftliche Ergebnis für die Aussteller entsprechend gering ausfiel. An die deutschen Stabgemeinden wird die Aufforderung gerichtet, mit Mühsal auf diesen Beschluß überhaupt in der nächsten Zeit von der Errichtung neuer Hallenbauten für Ausstellungen und Messen abzusehen und dafür lieber Wohnungen zu bauen.

Gegen den größten Teil dieser Forderungen und Beschlüsse ist auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft kaum etwas einzuwenden. Es wäre zuviel erwartet, daß der Reichsverband der deutschen Industrie gegen die Schaffung kostspieliger Streifkassen, gegen die Bereitstellung großer Mittel für Wahlzwecke, gegen die Finanzierung rechtspolitischer Aktionen und Verbände und gegen die Subventionierung rechtsradikaler Zeitungen usw. Stellung nimmt, obgleich eine einseitige Führung der deutschen Industrie gerade auf diesen Gebieten allen Anlaß zur Kritik hätte.

Julius Fries (Berlin).

Reichskonferenz der Gewerbesteuere

Im Gewerbeaufsichtsdienst sind seit einer Reihe von Jahren Personen aus dem Kreise der Arbeiter und Angestellten tätig. Die Einberufung erfolgt in der Regel auf Vorschlag der Gewerkschaften. Am 14. Oktober fand in Leipzig eine Konferenz der freigewerkschaftlich organisierten Gewerbeaufsichtsbeamten statt. Die Tagung war einberufen vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AFD-Bundes. Insgesamt waren 150 Personen der Einladung gefolgt. Die Zahl der Teilnehmer, die im Gewerbeaufsichtsdienst bei der Dampfkeiler-, Gruben- und Hafenuberwachung tätig sind, beläuft sich auf über hundert. Auch eine Anzahl Verbandsvorstände waren vertreten.

Zweck der Tagung war in erster Linie, Stellung zu nehmen zu der vom AFD-Bund und dem AFD-Bund in Vorschlag gebrachten Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht, mit dem Ziele, eine Reichsarbeitsaufsicht zu schaffen. Außerdem sollte man sich schlußig werden über die Mittel und Wege einer engeren Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerkschaften und Betriebsräten zur besseren Durchführung des Arbeitsschutzes.

Als erster Redner sprach Spie d t vom Bundesvorstand des AFD-Bundes über die Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht.

Dem Vortrag und der Debatte lag der in Nr. 6 (1927) der „Gewerkschafts-Zeitung“ veröffentlichte und begründete Entwurf der freien Gewerkschaften zur Vereinfachung der Arbeitsaufsicht zugrunde. Zuerst ist die deutsche Arbeitsaufsicht außerordentlich zersplittert. Als Aufgabe der Länderverwaltungen entbehrt sie der straffen Zusammenfassung in einer Reichsinstanz. Außerdem sind die Funktionen ohne organische Zusammenfassung zwischen Polizeiverwaltung und Gewerbeaufsicht geteilt. Neben den beiden öffentlichen Aufsichtsinstanzen läuft noch die Aufsicht der zahlreichen Berufsgenossenschaften einher. Die Notwendigkeit, diese nur aus ihrer traditionellen und schrittweisen Entstehung erklärliche Zersplitterung zu einer Vereinheitlichung zu führen, wird allgemein anerkannt. Jedoch scheuen sich die derzeitigen Träger der Arbeitsaufsicht, die Konsequenzen zu ziehen. Gegner einer systematischen Vereinheitlichung sind auf der einen Seite die Berufsgenossenschaften, die auf ein Aufsichtsrecht nicht verzichten wollen, auf der andern Seite die Länderregierungen. Letztere wollen die Gewerbeaufsicht nicht aus ihrem Aufgabenbereich lösen, weil sie fürchten, damit vorzeitig einer allgemeinen Vereinheitlichung der Staatsverwaltung den Weg zu bereiten. Sie erheben den Einwand, daß eine Vereinfachung den notwendigen Kontakt zwischen Gewerbeaufsicht und Polizei zerreiße. Wohl ist man einverstanden, daß die selbständige Funktion der Polizei eingeschränkt und diese zum Hilfsorgan der Gewerbeaufsicht werden müsse; beides müsse Länderaufgabe bleiben, oder es müsse als notwendige Konsequenz einer Vereinfachung der Arbeitsaufsicht auch die Polizei vereinfacht werden. Diese Beweisführung ist falsch. An der Hand von Beispielen wurde dargelegt, daß Reichsorgane sehr wohl auf die Mitarbeit und Hilfe der Länderpolizei zurückgreifen können. Der Reichsrat hat gelegentlich der Beratung des Arbeitsschutzgesetzes den Gewerkschaftsentwurf ignoriert. Im Reichswirtschaftsrat konnte ein einstimmiger Beschluß nicht zustande kommen. Eine Mehrheit vertrat indes den Gedanken der Vereinfachung. Der von der Reichsregierung kürzlich vorgelegte, etwas abgeänderte Entwurf für das Arbeitsschutzgesetz hält bezüglich der Durchführung des Arbeitsschutzes auch an der gegenwärtigen Regelung im Prinzip fest und läßt die Arbeitsaufsicht in der Länderverwaltung. Der Regierungsentwurf will auch die Trennung zwischen amtlicher Arbeitsaufsicht und Betriebskontrolle der Berufsgenossenschaften aufrechterhalten wissen. Nur die Zuständigkeitsverteilung der Errichtung von Oberaufsichtsinstituten ist ein schwacher, unzulänglicher Versuch, zu größerer Systematik zu kommen. Der Redner setzte sich eingehend mit den gegen den Gewerkschaftsentwurf vorgebrachten Einwänden auseinander und zeigte, daß die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht die einzige für eine zweckmäßige Durchführung des Arbeitsschutzes mögliche Lösung ist, und daß die Gegnerschaft nicht objektiven Hindernissen, sondern lediglich dem Länderpartikularismus entspringt. Er zeigte sich weiter mit dem Einwand auseinander, der Gewerkschaftsentwurf wolle die Arbeitsaufsicht unter Abtrennung von der öffentlichen Verwaltung auf Selbstverwaltungskörper übertragen, denen man unmöglich staatliche und politische Hoheitsrechte übertragen könne. Der Gewerkschaftsentwurf selbst stellt eine solche Forderung nicht. Er will die Arbeitsaufsicht unmittelbar in das Reichsarbeitsministerium eingliedern. Allerdings wird in der Form von Beiräten ein starkes Mitwirkungsrecht der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gefordert.

In einer sehr ausgedehnten Diskussion, in der besonders Gewerbesteuere zu Worte kamen, wurde der Gewerkschaftsentwurf geprüft. Aus den Erfahrungen in den verschiedenen Gebieten Deutschlands heraus wurde die Unhaltbarkeit der augenblicklichen Zustände beleuchtet. Es wurde gezeigt, daß die Abhängigkeit der Arbeitsaufsicht von den Länderregierungen völlig ungewünschte Abgrenzungen und Trennungen der räumlichen Bezirke ergibt. Die vielen Überschneidungen der Befugnisse von Gewerbeaufsicht, Polizei und Berufsgenossenschaften lassen eine lästige und unfruchtbare Doppelarbeit entstehen. Mit Recht wurde in der Diskussion betont, daß der Kampf gegen die

Zu einer sehr ausgedehnten Diskussion, in der besonders Gewerbesteuere zu Worte kamen, wurde der Gewerkschaftsentwurf geprüft. Aus den Erfahrungen in den verschiedenen Gebieten Deutschlands heraus wurde die Unhaltbarkeit der augenblicklichen Zustände beleuchtet. Es wurde gezeigt, daß die Abhängigkeit der Arbeitsaufsicht von den Länderregierungen völlig ungewünschte Abgrenzungen und Trennungen der räumlichen Bezirke ergibt. Die vielen Überschneidungen der Befugnisse von Gewerbeaufsicht, Polizei und Berufsgenossenschaften lassen eine lästige und unfruchtbare Doppelarbeit entstehen. Mit Recht wurde in der Diskussion betont, daß der Kampf gegen die

Verreichlichung nicht sachlichen Motive entspringe, sondern diktiert sei von der Furcht der Länder, eines ihrer bisherigen Aufgabengebiete zugunsten einer Gesamtverwaltung aufzugeben. Von dem Vertreter des Eisenbahnerverbandes wurde die Einbeziehung der Aufsicht über die Reichsbahn in die allgemeine Arbeitsaufsicht gefordert. Bekannt wurde, daß die derzeitige Regelung die Unfallgefahren im Reichsbahnbetrieb steigere, so daß Zahl und Umfang der Unfälle erheblich höhere seien als in den Privatbetrieben.

Die Stellungnahme der anwesenden Gewerbetonskontrollreue bot ein andres Bild als die vor einiger Zeit in Hamburg tagende Versammlung des Vereines deutscher Gewerbaufsichtsbeamter. Dort setzte sich der Einfluß der akademisch vorgebildeten Oberbeamten, der Gewerberäte, durch. Die Hamburger Tagung der Oberbeamten lehnte in ihrer Mehrheit die Verreichlichung und Vereinheitlichung der Arbeitsaufsicht ab. Die Weipziger Tagung der den freien Gewerkschaften nahestehenden mittleren Aufsichtsbeamten stellte sich entschlossen hinter den Gewerkschaftsentwurf. Diese weit auseinanderfallende Beurteilung des wesentlichsten Prinzips ist nichts Zufälliges. Die Vergangenheit hat weit überwiegend, besonders in Preußen, kleine, in sich isolierte Aufsichtsbezirke entstehen lassen. Im kleinen Bezirk ist der Gewerberat König, und er fürchtet, durch die Zentralisation und Zusammenlegung seine selbständige Stellung in der Aufsicht zu verlieren. Damit verteidigt er jenseit sein kleines, aber isoliertes Reich. Es war daher vorbestimmt, daß die Hamburger Tagung zur Ablehnung kommen mußte. Und es ist selbstverständlich, daß diese Ablehnung nicht offen mit den persönlichen Interessen der Abstimmenenden motiviert wurde, sondern daß sachliche und sachliche Gründe zu finden versucht wurden. Die Versammlung der mittleren Aufsichtsbeamten ist aus ihrer Stellung in Aufsichtsdienst heraus persönlich unbeeinflusst. Sie konnte daher frei von persönlichen Hemmungen und frei von Sorgen um die bedrohte Selbständigkeit objektiver zum Gesamtproblem Stellung nehmen. Den Gewerbetonskontrollreuen zeigte sich daher aus ihren sachlichen Erwägungen heraus die Zentralisation und die von den Ländergrenzen losgelöste bezirkliche Aufgliederung der Arbeitsaufsicht als die zweckmäßigste Lösung.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Zusammenarbeit von Gewerbaufsicht, Gewerkschaften und Betriebsräten“ behandelte Sachs vom Bundesvorstand des ADGB. Die Gewerbaufsicht kann ihre Aufgabe nur befriedigend lösen, wenn sie darin von der Arbeiterkraft unterstützt wird. Eine stärkere Mitarbeit der Arbeiter auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes ist notwendig. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine engere Verbindung zwischen Gewerbaufsicht und Gewerkschaften. Beide erstreben das gleiche Ziel — Hebung der Betriebssicherheit, Bessern Schutz von Arbeitskraft und Gesundheit. Eine gegenseitige Unterstützung kann diesem Bestreben mit förderlich sein.

Besonderer Wert wird von den Gewerkschaften auf die Synchronisierung der Betriebsvertretung bei den Betriebsrevisionen der Gewerbaufsichtsbeamten gelegt. Die Gewerkschaften können die Betriebsräte für ihre Aufgaben bei der Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren nur theoretisch schulen. Eine Beteiligung der Betriebsräte bei Revisionen der Betriebe und eine entsprechende Unterweisung durch die Gewerbaufsichtsbeamten ist ein sehr wertvoller und nicht zu entbehrender Anschauungsunterricht. Auf diese Weise können sowohl die Betriebsräte selbst, wie auch die gesamte Belegschaft, zur stärkeren Mitwirkung bei der Beseitigung von Mängeln an den Betriebseinrichtungen erzo-gen werden.

Weiter muß eine engere Fühlung zwischen den Gewerkschaften und insbesondere den aus dem Kreise der Arbeiter und Angestellten hervorgegangenen Gewerbaufsichts-

beamten hergestellt werden. Diese Kollegen können in vielen Fällen die Gewerkschaften in den Fragen des Arbeitsschutzes beraten. Sie können die durch ihre Tätigkeit gewonnenen Erfahrungen bei der Aufklärung der Gewerkschaftsmitglieder zur Verminderung der Arbeitsunfälle und sonstiger gesundheitlicher Schädigungen nutzbringend verwenden. Als Knotenpunkt der Verbindung dürften vor allem die Bezirkssekretäre des ADGB. in Frage kommen. Von dort wird zu entscheiden sein, welche Maßnahmen zur



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Bölfert in Berlin
Eingetreten am 20. Oktober 1878 — Firma Richard Richter in Berlin



Hebung der Betriebssicherheit zu treffen sind, von dort werden weiter die Ortsverwaltung der Verbände zu informieren sein. Auf diese Weise ließe sich eine bessere Fühlungnahme mit der Gewerbaufsicht erreichen. Fehlt diese Voraussetzung, so ist eine verständnisvolle und dauernde Mitarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder auf dem umfangreichen Gebiet des Arbeitsschutzes kaum zu erwarten.

In Anschluß daran referierte der Gewerbetonskontrollreue Gert über die Praxis der Gewerbaufsicht. In einigen Beispielen zeigte er treffend, welche Schwierigkeiten sich den Gewerbaufsichtsbeamten bei der Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit vielfach entgegenstellen. Auch er ver sprach sich durch eine engere Zusammenarbeit zwischen Gewerbaufsicht und Gewerkschaften einen günstigen Erfolg bei der Durchführung der Arbeitsschutzbestimmungen.

In der Aussprache fand die Forderung nach einer engeren Fühlungnahme zwischen Gewerbaufsicht, Gewerkschaften und Betriebsräten bei sämtlichen Rednern Zustimmung. Die im Gewerbaufsichtsdienst tätigen Kollegen erklärten sich bereit, in Gewerkschafts- und Betriebsräteversammlungen ihre Beobachtungen und Erfahrungen zur Abwendung der Unfall- und Gesundheitsgefahren den Gewerkschaftskollegen zu übermitteln. Von einigen Rednern wurde aber auch gefordert, daß einzelnen Gewerkschaftsfunktionären die ihnen angebotene Unterstützung und Beratung nicht erwünscht gewesen wäre. Auch die Fassung von Bestimmungen einzelner Tarifverträge wurde bemängelt. Insbesondere wurde gewünscht, bei Abschluß neuer Verträge

über die Regelung der Arbeitszeit klarere Abmachungen zu treffen. In der weiteren Aussprache gingen das Mitglied des Preussischen Landtags Hanna und Müller (Mittweida) als Vertreter der sächsischen Landtagsfraktion auf die parlamentarische Erlebige von Gewerbaufsicht- und Arbeitsschutzfragen näher ein. Dr. Meyer-Bronnig vom Bundesvorstand richtete die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf die vielseitigen und oft nicht sichtbaren Berufskrankheiten und wies Wege zu ihrer erfolgreichen Bekämpfung. Bei der Feststellung der Berufskrankheiten und der Beseitigung ihrer Ursachen fällt der Gewerbaufsicht eine wichtige Rolle zu. Es ist erforderlich, hier mit den Gewerbetonskontrollreuen zusammenzuarbeiten, aber auch die Beobachtung zu verbessern, welche durch die gewerbaufsichtlichen Untersuchungsstellen der Krankenkassen gemacht werden. Durch enge Zusammenwirken können auf dem besonders komplizierten Gebiet der Gewerbetrankeheiten Fortschritte erzielt und Gesundheitsschäden verhütet werden.

Die Konferenz hat einen allseitig befriedigenden Verlauf genommen. Die rege, aber durchaus sachliche Aussprache hat gezeigt, ein wie großes Interesse an der künftigen Gestaltung der Gewerbaufsicht besteht. Ebenso hat sich ergeben, daß es notwendig ist, engere Beziehungen zwischen Gewerbaufsicht und Gewerkschaften zu pflegen. Die dazu aufgezeigten Wege sind als gangbar anerkannt worden. Auch die sonst noch gegebenen Anregungen waren wertvoll und werden zweifellos dazu beitragen, daß ein regerer Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Stellen einsetzt und auch einige schwache Stellen in den Tarifverträgen einer Korrektur unterzogen werden. Aus der Reihe der Teilnehmer wurde wiederholt der Wunsch ausgesprochen, solche Zusammenkünfte öfter vorzusehen, um durch gegenseitige Aussprache neue Anregungen und Hinweise für die weitere Tätigkeit zu erhalten.

Korrespondenzen

Ausbach. Ihre diesjährige Herbstbezirksversammlung fand am 30. September in Windsheim statt. Erfreulicherweise waren trotz schlechten Wetters 86 Kollegen des Bezirks erschienen. Mit Ausnahme des Druckortes Feuchtwangen waren alle Druckorte vertreten; die Ortsvereine Ausbach mit 70 Proz. und Rothenburg o. d. T. mit 85 Proz. ihrer Mitgliederzahl. Als Referent war Gewerbetonskontrollreue Strauß (München) anwesend. Bezirksvorsitzender Krieg (Ausbach) eröffnete die städtische Versammlung und begrüßte alle Kollegen aufs herzlichste. In seinem Geschäftsbericht ging er kurz auf die Bedeutung und die agitatortliche Aufgabe des Bezirksvereins ein und betonte dessen Wert besonders für die kleinen Druckorte, die durch den Bezirksverein ebenfalls für die Mitarbeit in unserer Organisationsarbeit erfährt werden. Der Mitgliedsbestand beträgt heute 127, gegen 121 im Vorjahre. Die Bezahlungsabteilung zählt 23 Bezahlte. Die Beschäftigungsmöglichkeit hat bei etwas nachgelassen; einige Kollegen sind arbeitslos. Ein Kollege von Rothenburg o. d. T. mußte leider wegen Nichtbeachtung der vom Verbandsvorstand anlässlich unserer Lohnbewegung angeordneten Kampfmaßnahmen ausgeschlossen werden. Für 25jährige Treue zur Organisation wurden die Kollegen Lang und Juch (Rothenburg o. d. T.) mit ehrenden Worten bedacht. Der Kasienbericht des Kollegen Schöbe (Ausbach) gab zu Beanstandungen keinen Anlaß und es wurde ihm Entlassung erteilt. Die Berichte aus den Druckorten zeigten ein zufriedenstellendes Bild. Kollege Henner (Windsheim) begrüßte bei dieser Gelegenheit die Kollegen des Bezirks und gab seiner Freude Ausdruck, daß auch Windsheim einmal als Tagungsort einer Bezirksversammlung in Frage kam. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war das Referat des Kollegen Strauß (München), der über das Thema „Wirtschaftspolitik und ihre Einwirkung auf die Löhne der Arbeiter“ sprach, wobei er auch den Ablauf unseres Lohn- und Manelltarifs sowie die Aufgaben des

Entwicklung und Zukunft der deutschen Luftfahrt

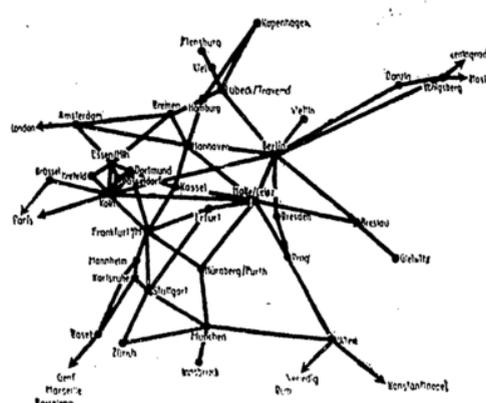
Zurzeit ist in Berlin eine äußerst interessante Ausstellung über die internationale Luftschiffahrt (ZWA) zu sehen. Vor 19 Jahren fand zum ersten Male eine internationale Ausstellung über das Luftfahrtwesen in Frankfurt a. M. statt. Wurde die damalige Ausstellung als etwas Großes bewundert, so ist sie aber kaum mit dem zu vergleichen, was gegenwärtig in den Ausstellungshallen in Berlin gezeigt wird. Gewaltige Entwicklungen, die namentlich durch den Krieg gefördert wurden, sind in einer Gegenüberstellung der beiden Ausstellungen erkennbar. Zu der gleichen Zeit fährt ein neuer Zeppelin nach Amerika und wieder zurück. Eine ganze Industrie ist mit der Luftfahrt entstanden. Und doch hat man das Gefühl, daß auch an den heutigen Resultaten erst Anfänge des Luftverkehrs gezeigt werden.

Hier soll nicht die äußerst interessante Ausstellung besprochen, sondern einiges über die deutsche Luftfahrt, und zwar die Deutsche Luft-Hansa A.-G., gesagt werden. Im Jahre 1926 wurden die beiden bestehenden Gesellschaften Deutsche Aero-loyd und Junkers Luft-Verkehrs A.-G. zu einem Unternehmen Deutsche Luft-Hansa A.-G. zusammengeschlossen. Dadurch wurde eine einheitliche Stelle zur Förderung der deutschen Luftfahrt geschaffen. Die Deutsche Luft-Hansa A.-G. hat sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens gut entwickelt. Das geht aus nachstehenden Angaben deutlich hervor: Im Jahre 1928 werden etwa 100 in-

ausländische Linien besflogen. Die tägliche Flugleistung beträgt ungefähr 60 000 Kilometer. Im ersten Halbjahr 1928 wurden insgesamt 4 776 729 Kilometer zurückgelegt und im übrigen folgende Beförderungsergebnisse erzielt: 46 231 Passagiere, 357 522 Kilogramm Gepäck, 471 984 Kilogramm Fracht, 185 064 Posten Zeitungen. Das sind

Streckennetz der Deutschen Luft Hansa A. G.

Winter 1928/29



Ergebnisse, die sich wohl sehen lassen können und die zeigen, wie rasch dieses moderne Verkehrsmittel Eingang gefunden hat. Wir verweisen im übrigen auf das beigegebene Schaubild.

Der Flughafen in Berlin-Tempelhof in der Nähe des Verbandshauses der Buchdrucker zählt nach Meinung ausländischer Sachverständigen zu den besten der Welt. Alle modernen Erzeugnisse auf diesem Gebiete wurden beim Bau dieses Flughafens berücksichtigt. Die geographische Lage Deutschlands weist unser Heimat einen besonderen Platz im internationalen Luftverkehr zu. Deutschland wird nach einem geflügelten Wort zum Luftkreuz Europas werden. Diese Stellung zwingt dazu, dem Luftfahrtwesen große Beachtung zu schenken. Die Internationale Luftfahrt-Ausstellung ist dazu besonders geeignet. Der Luftverkehr ist zurzeit noch nicht rentabel. Die Luft-Hansa A.-G. bekommt öffentliche Zuschüsse. Das ist natürlich ein Zustand, der nur für eine Übergangszeit in Frage kommen kann. Seitens der Luftfahrt-Industrie und der Luft-Hansa muß der Versuch gemacht werden, die Luftfahrt wirtschaftlich zu gestalten. Die Luftfahrt-Industrie muß in ihren Preisen so weit herabgehen, daß die Luftfahrt-Gesellschaften den Flugverkehr so billig gestalten können, daß er sich selbst zu tragen vermag. Auch die Fluggesellschaften müssen so billig als möglich sein. Je billiger der Verkehr ist, desto mehr nimmt er zu. Auch den Minderbemittelten müßte nach unserer Meinung Gelegenheit geboten werden, die Luftfahrt in Anspruch nehmen zu können. Die Fahrpreise liegen heute ungefähr zwischen dem Eisenbahnfahrpreis der ersten und zweiten Klasse. Dadurch er-

kommenden Verbandstages in Frankfurt a. M. eingehend behandelte. Seine leichtverständlichen Worte fanden von der Versammlung die nötige Würdigung, und starker Beifall bedurfte den Referenten für sein vorzügliches Referat. Der Bericht des Vorsitzenden K r i e g (Ansbach) über die Lehrlingsordnung und deren Durchführung zeigte ein wenig erfreuliches Bild. Hier müssen vom Fachauschuß die Unterausschüsse in Zukunft besser als bisher bedient werden, wenn die Lehrlingsordnung auch in der Provinz praktischen Wert erhalten soll. Der Bezirksbeitrag von 10 Pf. pro Woche wurde beibehalten. Als nächster Versammlungsort wurde Gungenhäusen bestimmt. Die Wahl der Gesamtvorstandschaft ergab keine Änderung. Den bewährten Kollegen wurde der Dank für ihre bisherige Tätigkeit ausgesprochen. Für den zu Ostern 1929 in Würzburg stattfindenden Gautag wurden die Kollegen Krieg (Ansbach), Hörber (Rothenburg o. d. T.) und Krieger (Ansbach) als Kandidaten vorgeschlagen. Mit einem von der „Typographia“ wirkungsvoll vorgetragenen Chor fand die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung in vorgerückter Mittagsstunde ihr Ende. — Nach gemeinsamem Mittagessen, gewürzt durch vortreffliche Tafelmusik der Kollegen Horn und Meier (Ansbach) machten die Kollegen mit ihren Angehörigen einen kurzen Rundgang durch das Städtchen. Nach einigen leider zu kurzen Unterhaltungsstunden in Windsheim und Steinach, wobei das Salonorchester Horn-Meier unermüdbar für Stimmung sorgte, trennten sich die Kollegen in Steinach mit dem Wunsch auf vollzähliges frohes Wiedersehen in Gungenhäusen.

Augsburg. (Drucker. — Halbjahrsbericht.) In unserer Versammlung am 21. April sprach Gewerberat Kollege G r o s s m i l l e r über „Die künftige Organisation der Gewerbeaufsicht“ (Berreichsichtigung) und behandelte ausführlich den vom I D G B. hierzu eingereichten Entwurf, dessen Annahme nur zu begrüßen wäre, da er geeignet ist, den Arbeiterschutz in bessere Bahnen zu leiten. — Unsere Halbjahrs-Berichtsversammlung am 17. Juni in Donaueschingen war von einer stattlichen Zahl von Kollegen aus Augsburg, Nördlingen und Dillingen besucht. Vom Kreisvorstand konnten wir die Kollegen Köhler, Wugl und Golling begrüßen. Vor der Versammlung hatten wir Gelegenheit, die Druckerei der Buchhandlung Ludwig Auer (Pädagogische Stiftung Cassianum) zu besichtigen, wobei Kollege M a y e r die wichtigsten Daten aus dem Leben des Gründers sowie aus dem Entwicklungsgang des Unternehmens bis zu seiner heutigen Größe mitteilte. Die Teilnehmer waren überrascht, einen derart technisch und hygienisch einwandfrei eingerichteten Betrieb in der Provinz zu sehen. — Die Vorträge des Kreisvorsitzenden R ö h r e über „Die Zeitung im Wandel der Zeit“ sowie des Kollegen G o l l i n g über „Schwierige Jurisprudenz“ wurden mit großem Interesse und starkem Beifall aufgenommen und lösten eine rege Aussprache aus. Am Nachmittag schloß sich an einen kleinen Spaziergang ein gemütliches Beisammensein bis zum Abgang der Züge. — Die Sommerpause erfuhr durch Krankheit des Vorsitzenden eine Verlängerung, so daß die nächste Versammlung erst am 29. September stattfand. In dieser erstattete Kollege P o p p Bericht von den Verhandlungen des zweiten deutschen Druckertages und über die „Presse“ in Köln. Eine große Anzahl von Lichtbildern zeigte die Schönheiten des Rheins und seiner Rebenlänfer. In der Berichtszeit konnten wieder eine Anzahl Kollegen für die Sparte gewonnen werden.

Barmen. Unsere am 7. Oktober in Greveldersberg abgehaltene zweite diesjährige Bezirksversammlung wies einen mittleren Besuch auf (200 Personen). Alle Orte waren vertreten. Bezirksvorsitzender B e l l i n g r a t h eröffnete die Versammlung mit einer Begrüßung der Erschienenen, insbesondere der Damen. Unter „Vereinsmitteilungen“ fanden die letzten Eingänge Erledigung. Den Kassenbericht vom ersten und zweiten Quartal erstattete Kollege S t o d i n g e r in gewohnter Weise und gab zu dem gedruckt vorliegenden Bericht einige Erläuterungen. Zum Punkt „Geldbewirtschaftung“ waren zwei Anträge eingegangen. Sodann referierte unser Gauvorsitzer B e r t r a m (Köln) über das Thema „Die Lehrlingsordnung im westdeutschen Handwerksammerbezirk“. Der Referent verstand es, den

Vortrag äußerst interessant zu gestalten und der Versammlung ein klares Bild von der Lehrlingsordnung zu geben. In ebenso ausführlicher Weise behandelte er auch alle übrigen Lehrlingsfragen. Die anschließende Diskussion bezog sich, daß die Ausführungen volles Verständnis bei den Anwesenden gefunden hatten, daselbst hatte der gezeigte Beifall schon vorher bewiesen. — Nach einem gemeinsamen Mittagessen blieben die Kollegen bis zum Abend zusammen.

Beuthen (Oberstl.). (Drucker.) Die letzte unserer vierteljährlich stattfindenden A n d e r v e r s a m m l u n g e n tagte am 7. Oktober in Hindenburg. Als Hauptpunkt stand ein Referat des Kollegen T o p f e r (Breslau) über „Rundgang durch die „Presse“ auf der Tagesordnung. Der Referent verstand es, die Kollegen zwei Stunden zu fesseln, was wohl für manch einen eine starke Geduldsprobe bedeutete. Reicher Beifall lohnte die klaren, faßlichen Ausführungen. Als Tagungsort der nächsten Wanderversammlung wurde Beuthen festgelegt. Mit der Erledigung einiger interner Fragen fand die sehr anregend verlaufene und besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Erfurt. (Maschinenleger.) Nach langer Sommerpause war für den 7. Oktober unsere erste Herbstversammlung angesetzt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach Erledigung einer Neuaufnahme und Verlesung des Kassenberichts gab Kollege K a f f e n b e r g e r seiner Freude darüber Ausdruck, daß unsere Sparte jetzt einen stabilen Bestand von über 50 Mitgliedern zählt. Die Substitutionsfrist der Zentralkommission wurde unter die Mitglieder verteilt, desgleichen an einige Kollegen Abschieden der Monotypen. Unter „Tariflichem“ wurden die Einträge der Kölner Gewerkschaftskonferenz und sonstige Angelegenheiten besprochen. Im weiteren wurde das Verhältnis Handwerker contra Maschinenleger gestreift. Es wurde anerkannt, daß die Handwerker noch zu niedrig entlohnt werden, doch sollte jedes unehrliche Vorurteil gegen die Maschinenleger schwinden. Bei der heutigen Entwicklung der Technik sollte auch berücksichtigt werden, daß der Handwerker von heute der Maschinenleger von morgen sein kann.

Homburg-Altona. (Korrektoren. — Vierteljahrsbericht.) Unsere Versammlung am 28. Juli eckte in üblicher Weise das Andenken des verstorbenen Kollegen Ludewig, der ein Gründer der Korrekturensparte war und wegen Inaktivität seit einigen Jahren nicht mehr beruflich tätig sein konnte. Nach einigen Neuaufnahmen erstattete Kollege W a g n e r Bericht über den nach Homburg unternommenen Ausflug, der aus Vereinsmitteln einen Zuschuß erforderte. Rechtschreibungsfragen mit längerer Aussprache bildeten den Abschluß der gut besuchten Versammlung. — In der Versammlung am 25. August hielt Kollege G u s t a v F o r h a u e r einen äußerst interessanten Vortrag über seine Einträge auf der „Presse“ in Köln. Redner gab hierbei auch einen historischen Rückblick und betonte, daß im Vergleich mit der „Bugra“ in einem Zeitraum von 14 Jahren in drucktechnischer Beziehung ein gewaltiger Sprung vorwärts gemacht worden sei. Anschließend hielt Kollege H e n r y W i n t e r einen, jaunglänzer Vortrag, über seine Wiener Reiseerlebnisse, dabei die Anschlussbewegung an Deutschland freudig und die Schubert-Feier gelegentlich des Sängerfestes, wobei er hervorhob, daß die Veranstaltung keineswegs die künstlerische Note der Arbeiterfänger in Hannover zu erreichen vermochten. Gewährte Einblicke in die Wiener Lebensverhältnisse erregten ungläubiges Staunen über die äußerst niedrigen Wohnungsmieten, selbst bei Neubauten. Schade, daß diese Beispiele nicht zur Nachahmung in Deutschland empfohlen werden können! — Der 19. September vereinte unsere Mitglieder mit ihren Damen und den Mitgliedern der Hamburger Ortsgruppe des Bildungsverbandes zu einer gemeinsamen Versammlung in der Aula der Mädchen-Oberrealschule am Lerchenfeld, wo der Führer der Hamburger Monistenortsgruppe, D r a c u s, einen Vortrag hielt über „Monistische Weltanschauung“, der von den zahlreich Erschienenen recht beifällig aufgenommen wurde.

Kaiserslautern. (Drucker.) Das Leben im hiesigen Druckerverein, zu dem auch die Druckerei Birnbaumers und Zweibrücker gehören, scheint nunmehr, da seine Leitung wieder in den Händen des früheren langjährigen Vorsitzenden Kollegen M a t h. E. K l e i t, der krankheitshalber zurückgetreten war, neu zu pulseren. Diese Hoffnung gründet sich auf den Verlauf einer Exkursion, die uns vollständig nach dem Rhein brachte und mit einer Besichtigung der Maschinenfabrik Johannsberg in Geisenheim ihren Abschluß fand. Es sei auch von dieser Stelle aus der Maschinenfabrik Johannsberg für ihre Mühe und Liebenswürdigkeit gedankt.

bl. Karlsruhe. In Anbetracht des im Juli d. J. am Bezirksvorort abgehaltenen 60jährigen Jubiläums des Bezirks wurde von der Abhaltung der sonst üblichen Generalsversammlung Abstand genommen. Am 30. September besaßte sich eine erweiterte Bezirksvorstands-sitzung in Alheim mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Genehmigung des Kassenberichts, 3. Entlastung des engeren Vorstandes, 4. Vergütung und Neuwahl des Vorstandes, 5. Aussprache über die einzelnen Ortsvereinsverhältnisse, 6. Bericht über das Bezirksjubiläum, 7. Verschiedenes. Vertreter waren sämtliche dem Bezirk angehörenden Ortsvereine durch je zwei Kollegen. Kollege B i e n e f e l begrüßte namens des Ortsvereins Alheim die Anwesenden. Beim ersten Tagesordnungspunkt nahm Vorsitzender M a i e r Veranlassung auf den im Gaubericht 1927 abgedruckten Jahresbericht hinzuweisen. Ergänzend hierzu sei zu sagen, daß der Konditionslostand ein hoher ist, aber erfreulicherweise prozentual nicht an den in den Vorkriegsjahren heranreicht. Vom Krankenstand kann dies leider nicht gesagt werden. Die Entwicklung auf dem lohnpolitischen Gebiete ist zufriedenstellend, wenn auch gelagert werden muß, daß der Lohn mit der Teuerung nicht Schritt gehalten hat. Besonders die bei der letzten Lohnbewegung zustandgekommene Zulage entspreche nicht den Erwartungen der Gewerkschaft. Da der Verfassungstag (11. August) in Baden gesetzlicher Feiertag ist und dieser Tag nicht unter

die zu bezeichnenden tariflichen acht Feiertage fällt, wurde mit den Prinzipalen hierüber ein Abkommen getroffen, wonach sie drei Stunden bezahlten; der Rest sollte von der Gewerkschaft getragen werden. Die seitiger Regelung war so, daß vier Stunden bezahlt wurden. Wenn die Prinzipale glauben, daß an der einen Stunde, die sie in Abzug gebracht haben, das Gewerbe zugrunde geht, so muß dieser Standpunkt als kleinlich bezeichnet werden. Der Mitgliederstand hat sich auf 962 erhöht. Die Erhöhung ist in der Hauptsache auf den Zuwachs der Ausgelernten zurückzuführen. Beim 60jährigen Jubiläum des Gaues Württemberg war der Bezirk durch eine Delegation vertreten. Das Verhältnis zum Gau Württemberg ist ein überaus herliches. Ein Schmerzenseind im Bezirk ist die Firma Pfeiffer in Baden-Baden. Trotz Schiedsgerichtsurteil, durch das die Firma zur pünktlichen Zahlung des Lohnes verurteilt wurde, und zeitweiser Einstellung des Betriebes auf Kosten der Firma will hier keine Beilegung eintreten. Es wird aller Energie der dort beschäftigten Kollegen bedürfen, dem Schiedsgerichtsurteil Geltung zu verschaffen. In der Aussprache über den Geschäftsbericht waren alle Anwesenden mit dem Vorstehenden einer Meinung, und es wurde diesem Dank ausgesprochen. Der Rechnungsbereich gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Die Kassenverhältnisse sind gut, jedoch muß angestrebt werden, daß der Stand der Kasse ein noch besserer wird und diese ein Vermögen aufweist, das einen Schutz für alle Eventualitäten darstellt. Namens der Referenten wurde dem Verwalter der Dank für die gute Kassenführung ausgesprochen und Antrag auf Entlastung gestellt, die auch erteilt wurde. Die Zusammensetzung des Bezirksvorstandes wurde erneut gutgeheißen; die beantragte Erhöhung der Entschädigung vom Vorstehenden jedoch abgelehnt. Es bleibt bei den seitigeren Vergütungen. Die Vorstehenden der Ortsvereine berichteten nun über die Verhältnisse in den Ortsvereinen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß diese Verhältnisse, von einigen kleinen Vorwommnissen abgesehen, im ganzen Bezirk gute sind. Die Abschreibung über das Bezirksjubiläum gab zu Beanstandungen keinen Anlaß. Dem Kollegen Wilhelm Maier wurde für die von ihm verfaßte Festschrift einmütig Dank abgestattet und dabei betont, daß die Festschrift, und das Jubiläum überhaupt, einen Markstein in der Geschichte des Bezirks darstellten. Aber den Verlauf des Festes herrschte nur eine Stimme des Lobes und der Anerkennung. Als Delegierter zur Bezirkskonferenz des I D G B. in Heilbronn wurde Kollege W. Maier einstimmig gewählt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten konnte der Vorsitzende die von großer Sachlichkeit und echt kollegialem Geiste getragene Sitzung nachmittags 2 Uhr mit dem Wunsch schließen, daß das Gelagte von den Vorstehenden in die Bezirksorte hinausgetragen werden möge, damit es, umgemünzt, dem ganzen Bezirk und der gesamten Kollegenchaft zum Wohle gereicht. — Der für den Nachmittag vorgesehene Ausflug nach Saschwalden mußte des schlechten Wetters wegen unterbleiben. An dessen Stelle vereinte ein gemütliches Beisammensein die Konferenzteilnehmer noch einige Stunden.

k Köln. Die hiesige Kollegenchaft trug am 27. Oktober ein Mitglied zu Grabe, das zwar über die Bezirks-grenzen hinaus nicht allermwärts bekannt sein dürfte, aber um so legerreicher innerhalb derselben wirkte: J e a n H a u. Kollege Hau war eine markante Persönlichkeit, die es zwar nicht liebte, ihre ehrenamtliche Tätigkeit in das Licht der Öffentlichkeit zu drängen, aber viellecht gerade dadurch sich allgemeine Achtung und besonderen Einfluß erlang. Das auf Menschenkenntnis, klugem Maßhalten und scharfem Weitblick beruhende diplomatische Geschick dieses Kollegen, unterfützt von einem naturwüchsigen, nie verlegenden Humor, der ihn auch in seinem schweeren und hartnäckigen Leiden nicht verließ, befähigte ihn in hohem Maße, in den ihm von den Berufsgenossen übertragenen Vertrauensämtern (Betriebsratsvorsitzender, Vorstandsmittglied seiner Sparte, des Gesangvereins „Gutenberg“, des Bezirksvereins Köln im Verband der Deutschen Buchdrucker) feste und nachhaltige Erfolge aufzuweisen, für die ihm die Kollegenchaft allzeit dankbar bleiben wird. Dies bekundeten auch außer der überaus zahlreichen Trauergemeinde am offenen Grabe Herr Kommerzienrat R e v e n d u m o t im allgemeinen (sowohl wie namens des Verlages und ein Betriebsratsmitglied namens des Personals der „Kölnischen Zeitung“). Auch der Bezirksvorsitzende des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Kollege J a n s e n, widmete dem Freund und Mitarbeiter im Bezirksvorstand in bewegten Worten den Abschiedsgruß und die Versicherung dauernden Gedenkens der Kölner Kollegenchaft. Ergreifende Weisen unseres Kollegenangewandten in der Friedhofskapelle wie an der Gruft umrahmten die Trauerfeier.

Lüneburg. Am 30. September fand unsere Herbstversammlung in Harburg a. d. E. statt. Vorsitzender W i e h e l begrüßte alle Erschienenen. Auch Kollege B o r n h ö f f, Vorsitzender des Ortsvereins Harburg, hieß alle Kollegen herzlich willkommen und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. In anerkennenden Worten gedachte der Bezirksvorsitzende unseres verstorbenen Kollegen Langhein (Harburg). Beim ersten Punkt, „Mitteilungen“, ging Kollege W i e h e l auf verschiedene aktuelle Fragen ein. Auch über die letzte Gewerkschaftskonferenz machte er einige Mitteilungen. Hierauf gab Kollege T h i e d e den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Sodann berichtete Kollege R u n s i e r (Hamburg) über den Gewerkschaftskongress. Eine Aussprache wurde nicht gewünscht, und so konnte der Vorsitzende dem Kollegen Runzheimer den Dank der Versammlung für seinen interessanten Bericht abstellen. Hierauf wurde folgender Antrag des Ortsvereins Alzen beabachtet: „Die Bezirksversammlung des Bezirks Lüneburg ist für Erhöhung der Inaktivitätenunterstützung in unserm Verbands und ist bereit, hierfür Opfer zu bringen. Gleichzeitig fordert der Bezirk Lüneburg die Generalversammlung des Verbandes und den I D G B. auf, immer wieder auf die Regierung und Parlamenten hinzuwirken, daß endlich durch die notwendige Zentralisation der Sozialversicherung eine Erhöhung der Unterzugsätze in

geben sich Summen, die nur von verhältnismäßig wenigen Leuten aufgebracht werden können. Der Verkehr würde in kurzer Zeit gewaltig zunehmen, wenn die Luftfahrtpreise auf ein erträgliches Maß herabgesetzt würden.

Sehr gute Erfolge sind in der Zusammenarbeit zwischen der Eisenbahn und der Luftfahrt erzielt worden. Die kombinierten Transporte zwischen Eisenbahn- und Luftfahrzeuge nennt man den sogenannten Feierversch. Bahn-güter und Passagiere werden durch Flugzeuge an die Eisenbahn herangebracht oder von Eisenbahnnotenpunkten weiter befördert. Es ist dazu nur die Ausstellung eines Frachtbriefes oder einer Fahrkarte erforderlich. Diese günstige Zusammenarbeit zwischen Eisenbahn und Flugzeug in Deutschland hat mittlerweile auch in anderen Ländern, so in Belgien, Schweden und der Schweiz, Nachahmung gefunden. Eine gleiche Zusammenarbeit läßt sich zwischen der Seeschifffahrt und der Luftfahrt erreichen. Der Norddeutsche Lloyd hat bereits einen Flugzeug-Dampfer-Kurierdienst (Fluda-Berkehr) eingerichtet. Nach Fertigstellung der beiden neuen Riesendampfer „Bremen“ und „Europa“ soll dieser Fluda-Berkehr weiter ausgebaut werden. Schon heute wird bei der Ankunft des großen Lloyd-Dampfers „Kolumbus“ ein Teil der Passagiere direkt per Luftweg nach dem Innern des Landes befördert. Dadurch wird die Reisebauer wesentlich verkürzt. So ergeben sich Verkehrs-möglichkeiten, die ein neues Zeitalter im Transport von Menschen und Waren einleiten. Wir aber wünschen, daß diese modernen Erzeugnisse der Technik auch der arbeitenden Menschheit zugänglich gemacht werden. Erst dann kann man von einer Vereinerung der Kultur sprechen.

P. U.

der Alters- und Invalidenversicherung und vor allen Dingen eine Herabsetzung der Altersgrenze in der Altersversicherung erfolgt. Staat und Gesellschaft müssen in weit größerem Maße als bisher Opfer bringen, um den Sozialrentnern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Kollege R o s e (Hagen) begründete diesen Antrag. Auch der Vorsitzende erklärte, daß man diesen Antrag wohl unterstützen könne. Es sprachen hierzu noch verschiedene andere Kollegen. Schließlich wurde der Antrag einstimmig angenommen. Unsere Geschäftsbesitzerversammlung soll Anfang April 1929 in Lindeburg stattfinden, dagegen die Herbstversammlung in Lüchow. Nachdem der Vorsitzende noch auf die demnächst stattfindenden Kommunalwahlen hingewiesen hatte, fand die anregend verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Oberstein. Am 20. September konnte unsere gutbesuchte Versammlung der zweiten Bezirksvorführung, Kollegen G e n e r (Koblenz), über das für jeden Arbeiter aktuelle Thema „Arbeitsgerichtsbarkeit“ sprechen hören und aus dem wissenswerten Ausführungen dieses mit der Sozialgesetzgebung vertrauten Kollegen vieles lernen. In gleicher Versammlung nahmen die Kollegen die kursive Bewertungsbefragung des Druckmaschinenwettbewerbs für den Bezirk Koblenz entgegen und eine Nachversammlung galt dem 26. Stiftungstage unseres Ortsvereins.

Zwidau. Am 30. September fand hier unsere Herbstversammlung in Lüchow statt. Anwesend waren Kollegen aus allen Orten des Bezirks in fastlicher Anzahl. Nur der Bezirksvorort war schwach vertreten. Der Geschäftsführer vom Textilarbeiterverband, Landtagsabgeordneter Kollege G r a u p e, übermittelte uns den Bericht über den Gewerkschaftskongress. In einem ausgezeichneten Referat berichtete er über die wichtigsten Beschlüsse. Der Vortragende stellte eingangs seiner Rede eine gewisse Konsolidierung bei allen dem DGB. angehörenden Verbänden fest und schloß seine Ausführungen mit dem Wunsch, daß der Kongress eine weitere Etappe zur Emanzipation der Arbeiterklasse werden möge. In der Aussprache nahm nur Kollege D e r e l t (Gömmich) zu längeren Ausführungen das Wort; sodann gab Kollege R a s s e r die vier Bildungsvorträge für das Wintersemester bekannt, die jedem Bezirksort zuzuteilen. Zum Schluß fanden noch einige Bezirksangelegenheiten ihre Erledigung. — Dem weitens größten Anteil der Versammlungsarbeit hatte allerdings eine schon vormittags abgehaltene Ortsvorsitzendenkonferenz erlitten. Hier wurden die tariflichen Verhältnisse im Bezirk, ferner Lehrlingsfragen und Bildungsarbeit im engsten Kreise besprochen.

Osnabrück. Unsere Herbstversammlung fand am 7. Oktober in Bramsche statt. Am Vormittag hatten wir Gelegenheit, dort die Tapetenfabrik Rasch & Co., eines der größten Unternehmen dieser Art in Deutschland, zu besuchen. Um etwa 3 Uhr eröffnete Bezirksvorsitzender H e r t h u s die Versammlung mit begrüßenden Worten. Namens der Mitgliebschaft Bramsche schloß Kollege B e i e l der Begrüßung an und wünschte der Tagung guten Verlauf. Unter „Vorhandlungsmitteln“ verbreitete sich der Vorsitzende des längeren über die Vorkommnisse des letzten Halbjahres, um dann besonders auf die Beschlüsse der Gauarbeiterkonferenz einzugehen. Er mahnte alsdann die Mitgliebschaften, sich im kommenden Winter in ihren Versammlungen mit dem kommenden Gau- und Verbandstag zu befassen. Auch die Bildungsarbeit dürfe nicht vergessen werden, Gelegenheit dazu bietet die züchtige Leitung der Lehrlingsabteilung Osnabrück durch die von ihr veranstalteten Vorträge in der Nachmittags-Schule. Kege Beteiligung sei erwünscht. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat unseres Gauarbeiters W i n g k e n (Hannover) über den Gewerkschaftskongress. Reicher Beifall lohnte das vorzügliche Referat. Der Vorsitzende ehrte dann den Kollegen R e i t m a n n (Bramsche), der von den 25 Jahren seiner Verbandszugehörigkeit 20 Jahre Funktionstätigkeit ausübte, durch Überzeugung einer Gedenkplakette. Es folgten die Beratung und Annahme dreier Anträge tariflicher Natur, die dem Gau- bzw. Verbandsvorstand überwiesen werden sollen. Als Anlaß des 25jährigen Bestehens des Ortsvereins Osnabrück findet dort die nächste Bezirksversammlung statt. — Bis zur Abfahrt der Züge sorgte dann die „Typographia“ (Osnabrück) sowie einige Kollegenkommissar für die nötige Unterhaltung. Bemerkenswert war, daß auch die Bezirkslehrlingsabteilung am gleichen Tage in Bramsche tagte.

Allgemeine Rundschau

Nachkommenswertes Beispiel. Aus Anlaß des 60jährigen Bestehens der „Freiburger Zeitung“ gewählte die Firma G e o r g M a n d l in F r e i b u r g a. D. E. ihrem Personal einen bis zwei Wochenfristige nach Geschäftszugehörigkeit.

Ausländischer Werbesvortrag in Berlin. Anfang November hält im Bund Deutscher Gebrauchsgüter in Berlin der bekannte englische Reklamemanager Sir Crawford, gefolgt auf amerikanischen, englischen und feilbildlichen Bildmaterial, einen Vortrag über ausländische Reklame.

Mitgliedschaft des deutschen Schrifttums. Das deutsche Schrifttum wurde sodann auf einer gemeinschaftlichen Sitzung des Reichsverbandes des deutschen Schrifttums und der Deutschen Schriftleiterschaft zu einer „Mitgliedschaft“ zusammengefaßt. Es soll die Wertschätzung der inneren, des kulturell bedeutsamen schriftstellerischen Wirtens besonders gepflegt werden.

Kauf- und Dividenden der Papierindustrie und des Buchgewerbes. Nach der letzten sodann veröffentlichten Abrechnung wurden an der Berliner Börse Ende September dieses Jahres insgesamt 34 Aktienpapiere der Papierindustrie und des Bervielfältigungsgewerbes mit einem Nominalkapital von zusammen 148,5 Mill. M. gehandelt. Diese Wertenpapiere brachten der Papierindustrie eine Dividende von 10,16 Proz. (= 13,2 Mill. M.) und dem Bervielfältigungsgewerbe eine solche von 6,18 Proz. (= 1,1 Mill. M.). Der Kurswert wurde bei letzterem mit 20 Mill. M. und bei der Papierindustrie mit 255,9 Mill. M. vom Statistischen Reichsamt errechnet. Die Aktienpapiere

der Papierindustrie erzielten einen Durchschnittskurs von 197,21 Proz., während es das Bervielfältigungsgewerbe auf 106,91 Proz. durchschnittlich brachte.

Reparationszahlungen. Auf Reparationskonto wurde vom 1. September 1924 bis 31. August 1928 an Belgien, Jordsrifen, Papier und Zellstoff für über 110 Mill. M. geleistet, davon gingen für über 88 Mill. M. nach Frankreich und für über 19 Mill. M. nach Belgien. Für und je eine Million Mark mußten nach Japan und Serbien geliefert werden.

Neues Propagandamaterial zur Verhütung von Gesundheitschädigung. Vom Vorstand der Deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft in Leipzig wurde uns mitgeteilt, daß demnächst ein neues Unfallverhütungsbild „Vorsicht! Acht nicht bei der Arbeit — Bleivergiftung!“ sowie die Unfallzusammenstellung des Jahres 1927 für Betriebsleiter und Unfallvertrauensmänner an die Mitglieder der Berufsgenossenschaft zur Verhütung gelangen wird.

Fußballhype. Es ist hinlänglich bekannt, daß vielen Jugendlichen, insbesondere auch den Lehrlingen, der Fußball fortwährend durch den Kopf rollt. Zum Beweis dafür machte uns ein Kollege aus Solingen von einem originellen Volksfest in der Oberklasse der dortigen Volkshochschule fragte am 23. September (Tag- und Nachtgleiche) der Lehrer seine Schüler: „Welches für die ganze nördliche Halbkugel wichtige Ereignis ist gestern eingetreten?“ Der antwortende Junge dachte nicht an Herbstanfang, sondern antwortete prompt: „Die Her haben gegen Barmen 0:0 gespielt.“ Man sieht daran, welche welterschütternde Bedeutung dem Fußballsport von der heutigen Jugend zugeschrieben wird. Es braucht uns um die Zukunft also nicht zu bangen!

Preisausstellung in Moskau. Angeregt durch die Kölner „Prella“, wurde dieser Tage im Mosauer Pressehaus eine Ausstellung von ausländischer, in erster Linie der deutschen und amerikanischen Literatur über sämtliche Fragen des Zeitungswesens eröffnet. Die Ausstellung umfaßt u. a. folgende Unterabteilungen: Geschichte der Presse und der einzelnen großen Zeitungen, die Technik der Zeitung und der Zeitschrift, Illustration in der Presse, die Soziologie in der Presse, Biographie, praktische Nachschlagewerke.

Zunehmende Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung weist, wie amtlich mitgeteilt wird, in der Zeit vom 1. bis zum 15. Oktober, der Jahreszeit entsprechend, eine stärkere Steigerung auf als in den vorangegangenen Berichtszeiten. Sie stieg von rund 577 100 auf 693 600, das ist um 16 500 oder um 2,9 Proz. Auch diesmal ist die Steigerung nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen, deren Zahl um rund 19 700 oder um 4,6 Proz. gestiegen ist. Demgegenüber ist die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger wiederum zurückgegangen, und zwar um 3200 oder 2,1 Proz. In der Krisenunterstützung nahm in der Berichtszeit die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger weiter zu (von rund 88 600 auf 89 700 oder um 1,3 Proz.). Die Zunahme betrug hier bei den Männern 3,8 Proz., bei den Frauen 2,1 Proz.

Von der internationalen Arbeitsmarktlage. Nach sodann bekanntgegebenen „Mitteilungen“ beträgt auf Grund der internationalen Gewerkschaftsstatistik die Arbeitslosigkeit in der Papierindustrie mit Einschluß des Druckergewerbes zuletzt in Schweden 3,1 Proz., in England 4,3 Proz. und in Belgien 2,1 Proz.

Zum 25jährigen Bestehen des Reichsarbeitsministeriums. Am 30. Oktober wurde aus Anlaß der vor einem Jahrzehnt erfolgten Schaffung des Arbeitsministeriums eine Festversammlung im Amtsgelände in der Spandauerstraße in Berlin abgehalten, an der die Spitzen der Reichsregierung und der Länderregierungen teilnahmen. Reichsarbeitsminister W i s s e l h o d in seiner Rede hervor, daß das Reichsarbeitsministerium für die Arbeiterklasse das Recht zum sozialen Aufstieg verkörpert. Die entscheidende Erzeugungsfähigkeit der Sozialpolitik der Nachkriegsjahre erblidete der Minister in der Tatsache, daß der Mensch wieder in den Mittelpunkt der Wirtschaft gerückt ist. Zur Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums bemerkte er u. a.: Wird durch die staatliche Sozialversicherung dem Arbeitnehmer das Minimum seiner Existenz gewährleistet, so ist die Lohnpolitik auf das Maximum gerichtet. In besonderen Fällen hat der Staat die richtige Grenze zwischen dem sozialpolitisch Erolwünschten und dem wirtschaftlich Möglichen auch unmittelbar zu finden versucht. In den Gläubigwünschen des Reichszanklers und des Reichstagspräsidenten wurde der Schutz der Arbeitskraft als eines der höchsten Ziele der Gesetzgebung bezeichnet. Deshalb seien die Summen für das Reichsarbeitsministerium nicht vergeblich ausgegeben. Die Hauptaufgabe sei es, im arbeitenden Menschen das lähmende Gefühl zu töten, daß er nur Werkzeug und nicht Mitträger der Produktion sei. Für den Reichsrat sprach der preussische Volkswohlfahrtsminister H r i t z l e r, für den Vorsitzenden Reichswirtschaftsrat der Präsident v. S i e m e n s. Die Gläubigwünsche des Internationalen Arbeitsamts in Genf überbrachte der stellvertretende Direktor des Internationalen Arbeitsamts S. B. B u t t l e r.

Maßnahmen zwischen Arbeit und Kapital. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis ist für die Tarifmacher im Unternehmerlager ganz besonders geeignet, durch die Drohung mit Massenauflösungen und durch umfangreiche Tarifänderungen jedwede Lohnherhöhung abzuschlagen oder wohl gar Lohnkürzungen durchzuführen. Im Lohnkampf der nordwestlichen Eisenindustrie, in dessen Hintergrund ebenfalls eine große Auspierung droht, wurde ein Schiedspruch des Kölner Schiedsrichters gefällt, zu dem eine am 28. Oktober in Essen abgehaltene Vertreterkonferenz aller beteiligten Gewerkschaften Stellung nahm. Diese Konferenz kam zu der Ansicht, die Abschnehung des Schiedspruchs nicht zu empfehlen, obgleich der Schiedspruch nicht vollinhaltlich befriedigt, weil die Vertreter des Metallarbeiterverbandes sowie auch die Gesamtorganisation es nicht verantworten können, trotz des vorliegenden Schiedspruchs zu einer Auspierung von 215 000 Arbeitern kommen zu lassen. Die Konferenz erbat von der Regierung, daß sie in Anbetracht der stetig steigenden Teuerung, die zwingungsläufig auch die Arbeiter zu Lohnforderungen zwingen muß, alle notwendigen Maßnahmen ergreift, um dieser

Entwicklung Einhalt zu gebieten. Der Unternehmerverband der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat jedoch den Lohnschiedspruch abgelehnt, und die Arbeiterorganisationen haben daraufhin die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs beim Reichsarbeitsministerium beantragt. Diefem Antrag wurde am 31. Oktober vom Reichsarbeitsminister entsprochen. Trotzdem wollen die Schwerindustriebetriebe ihre Kampfmaßnahmen zur Durchführung bringen. — Im zeitlichen Zusammenhang mit dem Lohnkampf in einem bedeutungsvollen Distrikt der Metallindustrie erfolgte ein Großangriff der Textilindustrie in Sachsen und in Westfalen auf die Tarifverträge. 500 000 Arbeitern wurde der Lohnsatz gekündigt. Durch diese Kündigung wollen die Unternehmer „klare Verhältnisse“ schaffen; sie spielen auf das Ausland und angemessene Lieferungsabstufung an und verlangen einen Tarifvertrag auf lange Sicht. Diese Vorgänge im Wirtschaftskreis verdienen von allen Gewerkschaften in ihrem großen Zusammenhang beurteilt zu werden, nicht etwa vom St. Klans-Standpunkt. Mehr als je ist gerade jetzt die Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung vonnöten, um sie der Gesamtarbeiterchaft dienbar zu erhalten.

Im Waldenburger Hungerland. Der Bergarbeiterstreik im Waldenburger Revier ist nach 14tägiger Dauer mit einem kleinen Zugeständnis in der Lohnfrage beendet. Freilich muß erst vom Reichsarbeitsministerium durch einen für verbindlich erklärten Schiedspruch der Widerstand der Bergherren gebrochen werden. Nun müssen die Bergarbeiter weiter schanzeln im fürchterlichen Elend. 14 Tage haben sie nichts verdient, um fast 30 M. 34,50 M. in der Woche zu bekommen. Man wollte ihnen sogar zahlen, drei Schichten umsonst zu verfahren, als „Strafe“ dafür, daß sie gestreikt haben. Freie, christliche und kirchlich-wunderliche Gewerkschaften hatten den Streikbeschluss einstimmig gefolgt. Ein Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“, der unmittelbar nach dem Streikabschluss das Waldenburger Revier besuchte, schilderte seine Fahrt ins Elend im Leitartikel des Sonntagsnummer in höchst eindringlicher Weise. Nur folgende Stelle sei aus der Schilderung hier zitiert: „Wiß man erkennen, daß Waldenburg wirklich immer noch das traditionelle „Hungerland“ ist, muß man sich die Kinder in den Schulen ansehen. Ich habe Gelegenheit, einer schulfürsitzlichen Unternehmung bei zuwohnen. Der tüchtige und energische Stadtrat ist mit seinem Anteil sehr vorichtig, er hält nichts von Überhebungen. Wenn ich hier die Birquetischen Normzahlen kritisch anwenden würde, käme ich zum Ergebnis einer fast neunzigprozentigen Unterernährung. Aber dieser Menschentyp hier ist ein sehr kleiner und hagerer, und das Hungern ist in dieser Bevölkerung seit Jahrhunderten zu einer solchen Kunst ausgebildet worden, daß andere Maßstäbe anzuwenden sind.“ Immerhin steht auch der Laie, wie es um diese Kinder bestellt ist. Fast alle haben sie die vorgetriebenen Karioffelfläuche, die schlaffe, farblose Haut, die bleiche Gesichtsfarbe folger, bei denen nur ungenügender Ernährung der Mangel an Luft und Licht hinzukommt.“ Es ist eine Schande für Deutschland, daß es jetzt noch Länderstriche gibt, deren Arbeiterbevölkerung die Kunst des Hungern seit Jahrhunderten übt und auch jetzt noch nicht davon befreit ist. Eine Nation, in der nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bevölkerung ein angenehmes Dasein führt, während die Arbeiterklasse der eigentliche gesellschaftsverhaltende Teil, schlecht genährt ist, sich unzureichend kleiden und in ungenügenden Wohnungen leben muß, kann auf die Bezeichnung Kulturvolk keinen Anspruch erheben.

Stoßen

In Wachen am 18. Oktober der Faktorinvalide Richard K ä s l e r aus Ellenburg, 52 Jahre alt; am 21. Oktober der Arbeiterinvalide Siegfried W o l f e n aus Wachen, 76 Jahre alt; am 26. Oktober der Drucker Erik F r o b n von dort, 66 Jahre alt — Verzschlag.

In Walsthal (Schweiz) der Buchdruckerbesteller Dr. Rudolf W a n n a n u, 68 Jahre alt.
In Walsthal der Buchdruckerbesteller Paul Richard P e n n a n u, 60 Jahre alt.
In Wetzlar am 27. September der Seher Carl S c h m i d t aus Wetzlar, 72 Jahre alt — Verzschlag; am 29. September der Seherinvalide Albert W a g n e r aus Wetzlar, 70 Jahre — Schlaganfall; am 3. Oktober der Seherinvalide W o l f g a n g a u s Wetzlar, 66 Jahre alt — Schlaganfall; am 4. Oktober der Seher Erik F r o b n u s aus Walsthal, 42 Jahre alt — Verzschlag; am nächsten Tage der Druckerinvalide K a n t z l e y aus Wetzlar, 68 Jahre alt — Schlaganfall; am 11. Oktober der Drucker Ernst F e y e r aus Walsthal, 48 Jahre alt — Verzschlag; am 16. Oktober der Seher Carl G o b e r aus Wetzlar, 54 Jahre alt — Nierenleiden; am gleichen Tage der Seher Franz S o u r a u s aus Walsthal, 69 Jahre alt — Schlaganfall; am 20. Oktober der Korrektor Julius F e b a u s aus Freyung a. B., 58 Jahre alt — Augenleiden; am 22. Oktober der Seher Gustav S c h m i d t aus Walsthal, 30 Jahre alt — Augenleiden; am gleichen Tage der Seherinvalide Hugo S t e c k e aus Walsthal, 72 Jahre alt — Verzschlag; am 28. Oktober der Seherinvalide Emil S c h e n d e r f aus Wetzlar, 60 Jahre alt — Schlaganfall; am 30. Oktober der Drucker Max F r o b n e r aus Walsthal, 42 Jahre alt — Schlaganfall.

In Wetzlar am 24. Oktober der Seher Arthur P e b o l d t, 68 Jahre alt — Unfalltod.
In Wilmshausen am 17. Oktober der Hauptkinder der Gutenbegradrucker Otto F r o b n e r, 39 Jahre alt.
In Wilmshausen am 24. Oktober der Seherinvalide Robert S t a n n a u s Wetzlar, 65 Jahre alt.
In Wilmshausen am 17. Oktober der Drucker Hermann S c h m i d t von dort, 75 Jahre alt.
In Wilmshausen a. B. am 3. Oktober der Seher Konrad S t e l e r aus Wilmshausen, 63 Jahre alt.
In Wilmshausen a. B. am 7. Oktober der Buchdruckerbesteller Gerhard F r o b n e r, 78 Jahre alt.
In Wilmshausen a. B. am 21. September der Seher Joseph M u n t e l von dort, 56 Jahre alt; am 24. Oktober der Notationsdrucker Jean S a u n von dort, 61 Jahre alt.
In Wilmshausen am 18. Oktober der Seher Rudolf S c h m a n n aus Wilmshausen, 78 Jahre alt.
In Wilmshausen a. B. am 27. Oktober der Zinkstucker Otto F a u n, 58 Jahre alt.
In Wilmshausen der Korrektorinvalide Jakob M o l l e r aus Wilmshausen a. B., 86 Jahre alt — Leberleiden.

Stiefel

A. H. in W. Auf jeden Fall hat sich der Mainzer Vorstand seit Monaten die erbärmlichen Mühe gegeben. Sodann wurde es natürlich, daß der 284er Tagungsrat nachdrücklich unverändert bleibt, wenn nicht von auswärts noch Rettung kommt nach dem beiden Mainzer Delegierten von 1848: Franz Ackermann und F. Schumacher. — U. S. in W.: Allder von Max Imme (1800, Wertheim) wird mit vieltem Danke (auch auf drei Kollegen Carl Drever) im Empfang genommen worden. Es wird das aus den

